

„Mehr Autonomie und weniger Staat“

Der Rektor der Uni Bamberg äußert sich zum Beschluss der Hochschulrektoren in Magdeburg

von Monika Schmidmeier

MAGDEBURG/BAMBERG.

Ein deutliches Signal sandten die Rektoren der deutschen Hochschulen am Dienstag an die Politik: In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Autonomie für die Universitäten. An der Magdeburger Hochschulrektorenkonferenz (HRK) nahm auch der Rektor der Universität Bamberg, Prof. Dr. Godehard Ruppert, teil.

„Bei den Gesprächen zur Regierungsbildung muss es fundamental um den künftigen Kurs in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gehen. Denn es steht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der Hochschulen auf dem Spiel, sondern die Deutschlands insgesamt“, sagte Ruppert gestern gegenüber dem FT. Er zeigte sich erfreut, dass es den deutschen Hochschulrektoren gelungen ist, mit einer Stimme zu sprechen und ihre Erwartungen gegenüber den neuen Entscheidungsträgern in einem 10-Punkte-Papier zu formulieren. „Bildung

und Wissenschaft müssen erste Priorität erhalten“, heißt es darin etwa. Vor allem verlangen die Hochschulleitungen von der Politik eine „erhebliche Steigerung“ der staatlichen und privaten Aufwendungen für Bildung, Forschung und Entwicklung. „Andere Industrieländer investieren deutlich mehr in die Wissensressourcen ihrer Gesellschaften“, kritisieren sie. Deutschland müsse dafür ebenfalls mehr tun, meint auch der Bamberger Rektor. „Von den angestrebten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind wir in Deutschland noch weit entfernt“, machte Ruppert deutlich, dass gerade die Bundesrepublik das von den EU-Ländern vor fünf Jahren formulierte Ziel, einen bestimmten Betrag in Bildung und Forschung zu stecken, noch nicht umgesetzt hat.

Doch es geht den Universitäten nicht nur darum, mehr Geld zu erhalten. Sie erwarten von der Politik auch eine „konsequente Entstaatlichung des Wissenschaftssystems“, wie es in dem publizierten Papier weiter heißt. „Die Universitäten benötigen mehr Autonomie



Prof. Dr. Godehard Ruppert, Rektor der Universität Bamberg.

und weniger Staat“, brachte es Ruppert auf den Punkt. So wünschen sich die deutschen Hochschulen mehr Eigenverantwortung und Entscheidungsspielraum, etwa bei der Auswahl ihrer Studenten oder der Verwendung ihrer Finanzen. Auch wollen sie die Freiheit erhalten, von privater Seite Mittel einzutreiben und diese

nach ihrem Ermessen einzusetzen, was auch Studiengebühren beinhaltet. Nur so könne die Leistungsfähigkeit der deutschen Universitäten angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten des Staates gesichert werden, betonen die Hochschulrektoren. Von der neuen Regierung sei schnelles Handeln erforderlich, was die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen betrifft.

Die Tatsache, dass Deutschland nun von einer schwarz-roten Koalition regiert wird, lässt den Bamberger Rektor auf eine Klärung des Streits zwischen Bund und Ländern hoffen, was die Zuständigkeiten bei den Hochschulen betrifft. „Die Gründe für den Abbruch der Verhandlungen zur Föderalismusreform, nämlich der Graben zwischen den bildungspolitischen Positionen der Union einerseits und der SPD andererseits, sind angesichts der großen Koalition nicht mehr nachvollziehbar. Hier stellt die neue bundespolitische Situation eine große Chance dar, die nicht wieder verspielt werden darf“, so Ruppert.